



## Inlandsschulden: Eine tickende Zeitbombe – wer wird sie entschärfen?

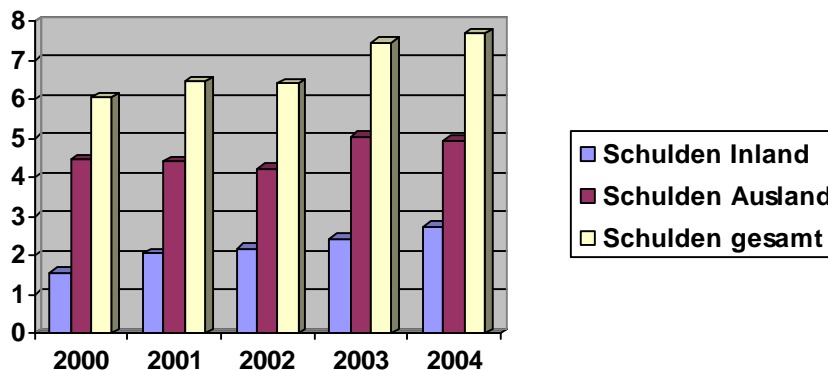
Bolivien ist ein hoch verschuldetes Land. Weder bilaterale noch multilaterale Entschuldungen haben diese Situation grundlegend verändern können. HIPC I und HIPC II brachten leider nicht die entscheidende Wende, die man sich im internationalen Kontext erhofft hatte.

So summierte sich die Verschuldung des bolivianischen Staates zum 31.12.2004 auf über 7,6 Milliarden US Dollar. Den größten Teil davon, 4,9 Milliarden US Dollar hat sich der bolivianische Staat bei ausländischen Gläubigern geliehen (Quelle: Bolivianische Zentralbank). Im eigenen Land steht der Fiskus mit 2,7 Milliarden US Dollar in der Kreide (Quelle: Ministerio de Hacienda).

### Inlandsschulden haben dramatisch zugenommen

Äußerst bedenklich ist, dass die Inlandsschulden in den letzten Jahren dramatisch zugenommen haben. Von 1999 bis 2004 sind sie von 1,3 Milliarden US Dollar auf 2,7 Milliarden US Dollar gestiegen, das heißt sie haben sich innerhalb dieser fünf Jahre mehr als verdoppelt.

### Bolivianische Staatsschulden in Milliarden US Dollar



Quelle: Bolivianische Zentralbank, Ministerio de Hacienda

Zu beachten ist auch die Struktur der Gläubiger. Seit 1997 nimmt der Anteil des von den Pensionsfonds geliehenen Geldes beständig zu. Von 72,5 Millionen US Dollar im Jahr 1997 auf über 1000 Millionen US Dollar im Jahr 2004 (Quelle: Ministerio de Hacienda). Somit sind die Pensionsfonds zum größten inländischen Gläubiger des bolivianischen Staatshaushaltes geworden.

### Schuldendienst für Inlandsschulden übertrifft den Schuldendienst für Auslandsschulden

Dramatisch ist nicht nur die hohe Verschuldung des bolivianischen Staates bei den inländischen Gläubigern, sondern vor allem auch der damit verbundene Schuldendienst.



Dies hatte zur Folge, dass im Jahr 2003 der bolivianische Staat mehr als 539 Millionen US Dollar an seine inländischen Gläubiger überweisen musste (Amortisation, Zinsen, Kommission) – mehr als doppelt so viel wie an seine ausländischen Gläubiger, obwohl diese dem bolivianischen Staat mit knapp 5 Milliarden US Dollar fast doppelt so viel liehen wie die inländischen Gläubiger. Im Jahr 2003 musste der Staatshaushalt allein 155,3 Millionen US Dollar an Zinsen für die Inlandsschulden aufbringen, für die Auslandsschulden waren es im selben Jahr mit fast 74,8 Millionen US Dollar weniger als die Hälfte (Quelle: Ministerio de Hacienda).

Dieses Missverhältnis liegt in den unterschiedlichen Zinssätzen begründet. Denn die Auslandsschulden bestehen fast ausschließlich aus „weichen“ Entwicklungshilfekrediten von internationalen Finanzorganisationen wie z.B. Weltbank und IWF bzw. von bilateralen Gebern wie Japan, Deutschland und weiteren befreundeten Nationen. So zahlte Bolivien für Kredite der Weltbank zwischen den Jahren 1999 und 2003 im Durchschnitt einen Zinssatz von nur 0,25 Prozent. Im Gegensatz dazu musste der bolivianische Staat bei den Inlandsschulden einen Zinssatz von acht Prozent für die von den Pensionsfonds geliehenen Gelder zahlen.

Zählt man den Schuldendienst für interne und externe Schulden zusammen und setzt ihn ins Verhältnis zu den Staatseinnahmen, so kommt man auf 40 Prozent im Jahr 2004. Mit anderen Worten, von zehn Bolivianos an Einnahmen blieben dem bolivianischen Staat nur noch sechs für laufende Ausgaben und Investitionen, die anderen vier Bolivianos mussten für den Schuldendienst aufgewandt werden.

## **Inlandsschulden – ein sozialpolitischer Sprengstoff**

Die Höhe der Inlandsschulden und vor allem der damit verbundene Schuldendienst stellen ein kaum zu unterschätzendes fiskalisches Problem dar. Ein Blick auf die Geberstruktur zeigt die sozialpolitische Sprengkraft der Inlandsverschuldung. Sollte der bolivianische Staat nicht mehr in der Lage sein, das von den Pensionsfonds geliehene Geld zurückzuzahlen und somit anstehende Renten nicht bezahlt werden, so hätte dies verheerende Auswirkungen auf die soziale Situation und die Stabilität des Landes.

## **Schuldenerlass löst keine Haushaltsprobleme**

Das entscheidende Problem des bolivianischen Staatshaushaltes ist das seit Jahren vorhandene Haushaltsdefizit. Da die Schuldenerlasse zum Grossteil mit Armutsbekämpfungsmassnahmen verknüpft sind, ändert sich für den Staatshaushalt nichts, auch wenn das Geld im Land bleibt und für die Armutsbekämpfung eingesetzt wird.

Denn die vereinbarten Rückzahlungen samt Zinsen müssen ja weiterhin aufgebracht werden. Da der Staat jedoch nicht über genügend Steuereinnahmen verfügt, ersetzt er diese durch Mittel aus dem Ausland oder über die Aufnahme von Schulden im Inland.

Dies erhöht die Abhängigkeit vom Ausland oder führt zu den oben beschriebenen Problemen bei der Inlandsverschuldung. Beides sind keine nachhaltigen Lösungen.

## **Runter mit den Inlandsschulden!**

Trotz der haushaltstechnischen Probleme besteht bezüglich der Auslandsschulden die realistische Hoffnung, diese über entsprechende Schuldenerlasse zu lösen (vgl. dazu Schlüssel Info 8-2005).

SchlüsselInfoBolivien darf gerne weitergegeben werden; Rückmeldungen sind erwünscht.

Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben, ausserdem wird ein Belegexemplar (Mail) erbeten.

Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:

e-mail [acesopublico@entelnet.bo](mailto:acesopublico@entelnet.bo), Telf-Fax (xx591-2-)2124413, Postfach/Casilla 9564 La Paz-Bolivien.



Für die Inlandsschulden fehlt eine solche Perspektive. Von den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern in die Rentenkassen kann der bolivianische Staat kaum erwarten, dass sie ihre Renten abschreiben.

Sowohl aufgrund der beschriebenen fiskalischen Problematik als auch aus sozialpolitischen Befürchtungen ist ein Kurswechsel bei den Inlandsschulden unbedingt erforderlich. Diese gilt es auf jeden Fall zu senken.

Ein Lösungsvorschlag wurde von der Fundación Jubileo in die öffentliche Diskussion eingetragen. Die von der katholischen Kirche Boliviens und den Bistümern Hildesheim wie Trier getragene Stiftung fordert zum einen eine Erhöhung der Staatseinnahmen. Diesbezüglich wurde die Einführung einer „Reichtumssteuer“ im Sinn einer Einkommenssteuer für die zehn bis zwanzig Prozent der Besserverdienenden ins Spiel gebracht.

Zum anderen sollen von Seiten der Geberländer entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Rentenzahlungen zu sichern. Sei es in Form weicher Kredite oder - besser noch – als nicht zurück zu zahlende Zuschüsse. Diese könnten dann später im Rahmen eines Totalerlasses gestrichen werden, was die bolivianische Zivilgesellschaft wie die internationale Solidaritätsbewegung seit langem fordern.

## **Abbau der Inlandsverschuldung nicht auf Kosten der Ärmsten**

Da die Inlandsschulden eng mit dem Haushaltsdefizit verknüpft sind, ist es notwendig, dieses abzubauen. Hierfür sind die Steuereinnahmen zu erhöhen und die Ausgaben zu überprüfen. Dabei gilt es darauf zu achten, dass dies nicht zu Lasten der Ärmsten geschieht. Vielmehr wird es für die Zukunft des Landes darauf ankommen, die Armut zu bekämpfen und die soziale Situation zu verbessern. Aufgabe des bolivianischen Staates ist es, die dazu notwendigen Mittel bereitzustellen, wozu er der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft bedarf. Dabei ist es eine große Herausforderung für die bolivianische Regierung und die internationale Gemeinschaft zu gewährleisten, dass die für die Armutsbekämpfung bestimmten Gelder entsprechend eingesetzt werden.

Jürgen Leonhard